

WOCHENENDE

SÜDKURIER · SAMSTAG, 18. DEZEMBER 2010

Raus aus den Schulden!

Deutschland hat mehr als 1 700 000 000 000 Euro Schulden. In zehn Jahren könnte alles beglichen sein. Eine einfache Rechnung

VON JOHANNES EBER

Der Mensch ist für große Zahlen nicht geschaffen. Wir mögen kleine Zahlen. Am liebsten die von eins bis zehn. Sie sind uns vertraut. Weil wir von Geburt an nichts häufiger zu sehen bekommen als unsere Finger.

Je mehr Nullen an einer Zahl hängen, desto unverständlicher wird sie uns. Zum Beispiel, dass die Erde Teil der Milchstraße ist, zu der bis zu 200 000 000 000 Sterne gehören. Unvorstellbar. Und dass diese Milchstraße nur eine von schätzungsweise 100 000 000 000 Galaxien im Weltraum ist. Nicht zu ermesen.

Die Unbegreiflichkeit großer Zahlen finden wir auch im Alltag. Die Millioenschon wöchentlich Lottospieler zeigt, wie wenig wir von der Welt der Mathematik verstehen. Die Wahrscheinlichkeit eines Sechlers beim Spiel 6 aus 49 (und damit eines Gewinns von durchschnittlich 500 000 Euro) beträgt 1 zu 13 983 816. Hätten alle eine Vorstellung von der Größe dieser Zahl, kein Mensch würde sich an diesem Glücksspiel beteiligen.

Wie mit dem Weltraum und dem Lotto, so geht es uns auch bei den Staatsschulden. Wir können sie nicht fassen. Auf 1 708 408 722 708 Euro belaufen sich die deutschen Verbindlichkeiten beim Schreiben dieses Satzes. Bei diesem Satz sind es schon einige Tausend Euro mehr. Um 2589 Euro wachsen die Schulden pro Sekunde, rechnet der Bund der Steuerzahler vor.

Klingt nach Drama. Nach einem Problem, das uns über den Kopf gewachsen ist. Wir leben über unsere Verhältnisse, lesen wir. Wir verspielen die Zukunft unserer Kinder, heißt es. Die Katastrophe scheint unabwendbar.

Und wieder lassen wir uns von großen Zahlen täuschen. Stecken den Kopf in den Sand, weil eine Lösung nicht vorstellbar ist.

Dabei ist die Schuldenlast greifbar. Nämlich, wenn sie verteilt wird. Auf die Menschen. Pro-Kopf-Verschuldung heißt das dann. Und die liegt in

Deutschland aktuell bei 21 000 Euro. Als habe sich jeder Deutsche einen Mittelklassewagen gekauft, aber nicht bezahlt.

In den vergangenen Jahrzehnten sind aber nicht nur die Schulden gewachsen. Auch die Vermögen. Und zwar deutlich stärker. Das Vermögen der Deutschen hat von 1995 bis 2008 um 81 Prozent zugenommen, die Staatsschulden im gleichen Zeitraum um 64 Prozent.

Auch in absoluten Zahlen überragt das Vermögen die Schulden. Den Verbindlichkeiten in Höhe von 1,7 Billionen Euro steht ein Privatvermögen von 8,2 Billionen Euro gegenüber.

Theoretisch also könnte das Problem der deutschen Staatsschulden mit einer einzigen Maßnahme gelöst werden, nämlich einer einmaligen Vermögensabgabe von 20 Prozent auf jegliches Privatvermögen. Der Staat wäre auf einen Schlag alle Schulden los. Theoretisch.

Aus der Theorie Praxis werden lassen, das ist der Traum von Alexander Dill. Er ist Leiter des alternativen Basler Instituts für Gemeingüter und Wirtschaftsforschung (siehe Interview) und hat einen Tilgungsplan für die deutschen Staatsschulden erstellt. Unter Berücksichtigung, dass wegen der Laufzeit der Staatsanleihen die Schulden nicht alle gleichzeitig beglichen werden könnten, wäre Deutschland durch die Einführung einer solchen einmaligen 20-prozentigen Vermögensabgabe nach zehn Jahren schuldenfrei.

Die Finanzierung einer solchen Abgabe sei für die meisten kein Problem, rechnet Dill vor, „schließlich liegen 80 Prozent der Vermögen in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 4500 Euro.“

Die erfreuliche Folge: Bund, Länder und Gemeinden müssten nicht mehr 60 Milliarden Euro pro Jahr allein für die Tilgung der Zinsen aufbringen. Steuern und Sozialabgaben könnten drastisch sinken.

Eines von mindestens zwei Problemen einer solchen Vermögensabgabe: Sie würde sich auch auf Festgelder, Aktiendepots, Lebensversicherungen und Immobilien erstrecken. Millionen-

rückgezahlt werden, bevor die Zinsen steigen.

Wie sollte das Ihrer Meinung nach geschehen?

Da die Steuer- und Abgabenquote für Normalverdiener bereits jetzt viel zu hoch ist, können die Staatsschulden nur freiwillig oder über eine einmalige Vermögensabgabe getilgt werden. Diese wird die Form einer Zwangsleihe haben, damit niemand seine Immobilie oder seine Wertpapiere verkaufen muss.

Sie schlagen vor, alle Vermögen einmalig mit 20 Prozent zu besteuern. Halten Sie eine Umsetzung für realistisch?
Für sehr realistisch, da Deutschland be-

Auf Betteltour, aber nur hier in der Bildmontage: Kanzlerin Merkel hätte ihre Finanzsorgen los, wenn alle ihrer Bitte nachkämen. Das Geld wäre da, es ist nur ungleich verteilt.

MONTAGE: PRISKA ERTL

Haste mal 21000 Euro?

fach müssten langfristige Anlagen kurzfristig in Geld gewandelt werden.

In erster Linie wird eine solche Abgabe aber deswegen nie eingeführt werden, weil keine Partei politischen Selbstmord begehen will. Denn: Wer würde einer Partei die Stimme geben, die von jedem Wähler verlangt, 20 Prozent seines Ersparnis zu geben?

Und überhaupt: Wenn alle Verbindlichkeiten beglichen wären, wer würde sicherstellen, dass den alten Schulden nicht neue folgen?

Einmalige Hau-Ruck-Aktionen lösen selten dauerhafte Probleme.

Die Ursache der hohen Verschuldung liegt nicht darin, dass wir nicht grundsätzlich in der Lage wären, staatliche Aufgaben mit dem von uns Erwirtschafteten zu finanzieren.

Und es ist auch nicht so, dass der Staat zu gierig wäre und immer mehr ausgeben würde, zumindest nicht prozentual. Der Anteil der Staatsausgaben am gesamten Bruttoinlandsprodukt liegt aktuell bei rund 45 Prozent. Anfang der 90er Jahre waren es fast 50 Prozent gewesen.

Eines aber hat sich nie verändert, nämlich dass sich der Staat von den Bürgern immer ein paar Prozent weniger holt als er ausgibt. Seit Jahrzehnten schwankt der Finanzierungssaldo – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zwischen minus 1 und minus 5 Prozent jährlich.

Die schlichte Erklärung für dieses Phänomen: Die Politik verteilt gerne Geschenke. Weil sie dafür Stimmen bekommt. Gewählt wird, wer viel verspricht, nicht wer viel fordert. Deswegen finanziert der Staat Teile seiner Ausgaben auf Pump – und bürdet damit jenen Lasten auf, die noch keine (Wähler-)Stimme haben, weil sie noch nicht geboren sind.

Die Politik für dieses Verhalten verantwortlich zu machen, ist nichts als Selbstbetrug. Politiker handeln, wie wir es wünschen. Ändern sich unsere Wünsche, ändert sich die Politik.

Wir können die Schulden loswerden. Es ist leichter als wir denken.

nen dies übrigens auch tun, unter www.hurrawirtilgen.de.

Was raten Sie der Politik? Wie kann ein solches Vorhaben mehrheitsfähig werden?

Auf keinen Fall darf Tilgung zu einer parteipolitischen Angelegenheit werden! Die Politiker müssen nur den Mut haben, die Wahrheit zu sagen, dass nämlich die Staatsschulden unsere Unabhängigkeit bedrohen und wir nach 40 Jahren Wohlstand bereit und in der Lage sind, uns von den Launen der Kapitalmärkte unabhängig zu machen. Die gemeinsame Tilgung könnte dabei die Zerstrittenheit und Politikmüdigkeit in Deutschland überwinden.

FRAGEN: JOHANNES EBER



Der 1959 geborene Philosoph und Soziologe Alexander Dill war Geschäftsführer des Softwareunternehmens „Internetkloster“, entdeckte dabei die gesellschaftliche Bedeutung von Freeware und begann, sich mit kostenlosen Gütern und Geschenkökonomie zu beschäftigen. Im Juli 2009 gründete er das Basel Institute of Commons and Economics.

Die Staatsschulden in Deutschland steigen Jahr für Jahr. Wie gefährlich ist das?

Die Staatsschulden haben für eine große Mehrheit der Deutschen Wohlstand, Bildung, Gesundheit und Frieden ermöglicht. Aber nun besteht die Gefahr, dass wir über steigende Zinsen ruiniert werden. Deshalb müssen sie jetzt zu-

„Die Deutschen halten viel mehr zusammen als man denkt“

reits 1952 erfolgreich diesen Weg mit dem so genannten Lastenausgleich gegangen ist. Das Ergebnis war das Wirtschaftswunder und die Soziale Marktwirtschaft, zwei wirkliche Erfolgsgeschichten. Wir werden sehen: Die Deutschen halten viel mehr zusammen als man denkt.

Haben Sie Unterstützer für Ihr Anliegen?

Da ist zunächst Professor Jochen Hörisch aus Mannheim, der selbst sofort 10 000 Euro als „Tilger Nr. 1“ tilgen wird. Positive Resonanz haben wir bisher von den Grünen und von der FDP. Auch gibt es positive Umfragen in der Zeitschrift Stern und bei T-Online. Andere warten noch und machen erst mit, wenn alle mitmachen. SÜDKURIER-Leser kön-